



Energieminister der Länder dringen auf neue Kraftwerksstrategie/Willingmann fordert Perspektiven auch für den Kraftwerksstandort in Schkopau

Das größte Kraftwerk in Sachsen-Anhalt steht in Schkopau. Bis zu fünf Millionen Tonnen Braunkohle aus dem Tagebau Profen wandelt das Kraftwerk im Laufe eines Jahres in Strom und Prozessdampf um, versorgt damit Haushalte und Industrie im mitteldeutschen Raum. Spätestens 2038 soll jedoch aufgrund des beschlossenen Kohleausstiegs Schluss sein mit der Kohleverstromung. Sachsen-Anhalts Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann will den Kraftwerksstandort, an dem die Kohleverstromung voraussichtlich schon 2034 enden soll, erhalten und setzt auf die neue Kraftwerksstrategie der Bundesregierung. Diese soll – auch nach einem Beschluss der Energieministerkonferenz vom Freitag – möglichst schnell vorgelegt werden, berichtete Willingmann am heutigen Dienstag dem Kabinett.

„Das Kohlekraftwerk Schkopau ist für viele Tausend Haushalte, gerade aber auch für die chemische Industrie, die auf Prozessdampf angewiesen ist, von großer Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, dass der Kraftwerksstandort auch über den Kohleausstieg hinaus klare Perspektiven erhält. Wir brauchen steuerbare Kraftwerkskapazitäten, insbesondere wenn Wind- und Solarenergie mal wetterbedingt ausfallen“, so Willingmann. „Konkret könnte das Kraftwerk Schkopau deshalb zu einem wasserstofffähigen Gaskraftwerk umgerüstet werden. Das kann aber nur dann gelingen, wenn Bundeswirtschaftsministerin Reiche rechtzeitig die neue Kraftwerksstrategie vorlegt und neue Kraftwerkskapazitäten ausschreibt.“

Die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung sollte ursprünglich schon im vergangenen Jahr verabschiedet werden. Dazu kam es nach dem Bruch der Ampel-Koalition jedoch nicht mehr. Im Berliner Koalitionsvertrag haben Union und SPD nunmehr festgeschrieben, dass der Bau von bis zu 20 Gigawatt an Gaskraftwerksleistung bis 2030 technologieoffen angereizt werden soll. Konkret heißt es im Vertrag: „Die neuen Gaskraftwerke sollen deutschlandweit vorrangig an bestehenden Kraftwerksstandorten entstehen und regional nach Bedarfen gesteuert werden.“ Aus Sicht von Willingmann würde Schkopau die Kriterien erfüllen.

In ihrem einstimmig gefassten Beschluss fordern die Energieminister der Länder Bundeswirtschaftsministerin Reiche auf, das Thema mit „höchster Dringlichkeit“ zu verfolgen. Die ersten Ausschreibungen sollten noch im laufenden Jahr starten. Die Minister stellen dabei auch klar, dass neue Kraftwerke auch wasserstofffähig sein müssten, der Bund einen Pfad zur Umstellung der Kraftwerke entwickeln müsse. So sollten Kraftwerke dort entstehen, wo die Versorgung mit Wasserstoff gewährleistet sei. „Beim Bau neuer Gaskraftwerke geht es einerseits um zuverlässige und bezahlbare Energie. Es geht zugleich aber auch weiterhin darum, die Energieerzeugung langfristig klimaneutral zu gestalten“, betonte Willingmann. „Wir setzen deshalb in Sachsen-Anhalt nicht ohne Grund auch auf Wasserstoff, auf die Anbindung des Landes an das Wasserstoffkernnetz und nicht zuletzt auf eigene Erzeugungs- und Speicherkapazitäten.“

Ebenfalls einstimmig sprachen sich die Energieminister der Länder für eine stärkere Nutzung von Biogas und Biomethan aus. Sachsen-Anhalt zählt auch in diesem Bereich zu den Vorreitern unter den Ländern, rund drei Millionen Megawattstunden Strom werden bereits heute im Land mit Bioenergie erzeugt; hinzu kommen 1,9 Terrawattstunden (TWh) Biomethaneinspeisung. „Auch Bioenergie ist steuerbar und eine wichtige Ergänzung im Energiemix“, betonte Willingmann. „Deshalb haben wir in Rostock auch den Bund aufgefordert, eine nationale Strategie für grüne Gase zu entwickeln, in der im Einklang mit EU-Vorgaben langfristige Perspektiven für Bioenergie aufgezeigt werden.“

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch auf der zentralen Plattform des Landes www.sachsen-anhalt.de, in den [sozialen Medien](#) über [X](#), [Instagram](#), [YouTube](#) und [LinkedIn](#) sowie über [WhatsApp](#)

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de